

Die EU hat eine Wachstumsstrategie für das kommende Jahrzehnt vorgelegt, die der Wirtschaftstheorie des 18. Jahrhunderts entspricht. Gemäß der mercantilistischen Maxime sollte ein Überschuss in der Handelsbilanz Gold und Silber einbringen, um die militärische Schlagkraft des Landes zu steigern. Daraus folgte die Aufgabe für den Staat, durch eine aktive Industrie- und Handelspolitik die Exporte zu mehren und den Importbedarf zu schmälern.

Die EU-Strategie ist weniger protektionistisch, doch bei vielen Leitgedanken und Maßnahmen zeigen sich erstaunliche Parallelen. Die 2020-Strategie soll die EU aus ihrer selbstgefälligen Trägheit herausreißen und zu einem Kraftakt anspornen. Dazu wird die Angst geschürt, dass die EU hinter ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt zurückfallen und vor allem von Indien und China in den Schatten gestellt werde. Als Warnzeichen werden niedrigere Wachstumsraten und geringere Investitionen in Forschung und Entwicklung angeführt.

Der Vergleich hinkt in mancher Hinsicht. Indien und China befinden sich in einem historischen Aufholprozess. Der Wachstumsschub, den viele Entwicklungs- und Schwellenländer durch Liberalisierung und Technologieimport erzielt haben, lässt sich nicht unbegrenzt fortsetzen. Japan hingegen – in dem das Abendland in den 80er Jahren den Voll-

Forum

Zu viele Wohltaten des Staates

Die Strategie der EU bietet keine angemessene Antwort auf die Wirtschafts-, Schulden- und Umweltprobleme

von Valentin Zahrnt

strecker seines Niedergangs sah – stagniert bereits in seinem zweiten „verlorenen Jahrzehnt“.

Doch das eigentliche Problem liegt in der Sichtweise, der ökonomische Fortschritt anderer Staaten sei für die EU bedrohlich. Das Denken in Positionen macht sich in Europa breit. Sollten wir uns nicht vielmehr freuen, dass es vielen Menschen auf der Welt besser geht? Gewinnen wir nicht an Sicherheit, wenn Armut und damit auch Migration, Piraterie und Terrorismus abnehmen? Profitieren wir nicht von expandierenden Exportmärkten für hochwertige EU-Produkte und Dienstleistungen?

Ebenso fehlgeleitet sind viele der Schlüsse, welche die 2020-Strategie aus ihrer Krisenbilanz zieht. Deren gemein-

samer Nenner lautet zum einen, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in allen Sektoren steigern müssen. Volkswirtschaftler sind sich selten einig, doch kaum einer widerspricht Ricardos Einsicht in die komparativen Kostenvorteile. Selbst ein Land, das alle Güter absolut günstiger herstellen kann als seine Handelspartner, profitiert davon, sich auf jene Güter zu spezialisieren, in denen sein Vorsprung am größten ist, und die anderen Güter im Gegenzug zu importieren. Das Vorhaben der EU, die Wettbewerbsfähigkeit aller Sektoren zu steigern, kündigt implizit an, weiterhin öffentliche Mittel zu verschwenden, um dem gesamtwirtschaftlich effizienten Strukturwandel entgegenzuwirken.

Zum anderen weisen zahlreiche Vorschläge in Richtung mehr Staat: öffentli-

che Investitionen in die Infrastruktur für Internet, Transport und Energie, in Forschung und lebenslanges Lernen, in Energieeffizienz und grüne Technologien und in grenzüberschreitende Mobilität stehen auf dem Programm. Das alles ist loblich – und beunruhigend. Denn das Augenmerk liegt auf den Wohltaten des Staates, die Kräfte des Marktes werden vernachlässigt. Eine ernst gemeinte

Wachstumsstrategie würde mit einer Offensive auf alle ungerechtfertigten staatlichen Eingriffe ansetzen, die den Wettbewerb innerhalb der EU und an ihren Außengrenzen beschränken.

Das bedeutet nicht blindes Laissez-faire, sondern eine genaue Abwägung, welche Maßnahmen notwendig sind und welche die Besitzstände von Unternehmen und Arbeitnehmern wahren, ohne hinreichend der Allgemeinheit zu dienen. Gerade in der Energie- und Klimapolitik setzen sich Einzelinteressen auf gravierende Weise gegen sinnvolle Wettbewerb durch. Die Hindernisse im Binnenmarkt für Energie, die Ungleichbehandlung im Emissionshandel und der zollgeschützte, staatlich gepäppelte Markt für Biokraftstoffe zeigen dies deutlich.

Das politisch Angenehme an dieser mercantilistischen Logik ist, dass nirgendwo Einschnitte vorgenommen und Opfer gebracht werden müssen. Niemand muss auf seine Subventionen verzichten, niemand schärferem Wettbe-

werb ausgesetzt werden. Alles und jeder sind wichtig und verdienen die Unterstützung des Staates. Wer besonders laut schreit, bekommt ein Bonbon extra. So wird der Tourismussektor als besonders förderungswürdig hervorgehoben. Doch wenn die strategische Vorgabe bereits Konflikte scheut, wird sie in der Umsetzung zum Freischein für politisch opportune Staatseingriffe.

Die im Jahr 2000 begonnene Lissabon-Strategie, welche die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen sollte, hat diesen Prozess des kontinuierlichen Ausuferns und Verwässerns schonungslos vor Augen geführt. Das Gütesiegel „Lissabon-kompatibel“ schmückte die größten Fehlleistungen der EU. Die Fischereipolitik, die ökologisch unverantwortliche Überkapazitäten in der Fangflotte subventioniert?



Dr. Valentin Zahrnt ist Wissenschaftler am European Centre for International Political Economy (ECIPE) in Brüssel.
Foto: privat

Lissabon-kompatibel. Die Strukturpolitik, die ein undurchsichtiges Netz an Quertransfers schafft, bei denen Mittel von gutbetuchten an ärmere Regionen im selben Mitgliedsstaat umverteilt werden, allerdings auf dem Umweg über die Brüsseler Bürokratie? Selbstverständlich Lissabon-kompatibel.

Die Europäische Kommission pries sogar die Gemeinsame Agrarpolitik, die mehr als 40 Prozent des EU-Budgets absorbiert, als Beitrag zu den Zielen von Lissabon. Dabei werden die Subventionen primär verwendet, um bäuerliche Einkommen aufzubessern und überkommenen Produktionsstrukturen zu erhalten, statt etwa nachhaltige Anbaumethoden für die Zeiten von Klimawandel und Wasserknappheit zu entwickeln. Um einen agrarpolitischen Wandel zu vollziehen, müsste dieser in der neuen EU-Strategie ausdrücklich eingefordert werden. Doch die Regierungschefs haben sich bereits auf einen diffusen Nebensatz geeinigt, der sich als Blankscheck für die Landwirtschaftspolitik auffassen lässt.

Die 2020-Strategie beginnt mit einem Gewittersturm und endet in Schönwetterpolitik. Sie bietet keine angemessene Antwort auf die Wirtschafts-, Schulden- und Umweltkrise. Sie entwickelt keinen öko-liberalen Zukunftsentwurf. Sie ist von einem mercantilistischen Geist durchdrungen, der in die Vergangenheit, nicht die europäische Zukunft, weist.

Die EU hat eine Wachstumsstrategie für das kommende Jahrzehnt vorgelegt, die der Wirtschaftstheorie des 18. Jahrhunderts entspricht. Gemäß der mercantilistischen Maxime sollte ein Überschuss in der Handelsbilanz Gold und Silber einbringen, um die militärische Schlagkraft des Landes zu steigern. Daraus folgte die Aufgabe für den Staat, durch eine aktive Industrie- und Handelspolitik die Exporte zu mehren und den Importbedarf zu schmälern.

Die EU-Strategie ist weniger protektionistisch, doch bei vielen Leitgedanken und Maßnahmen zeigen sich erstaunliche Parallelen. Die 2020-Strategie soll die EU aus ihrer selbstgefälligen Trägheit herausreißen und zu einem Kraftakt anspornen. Dazu wird die Angst geschürt, dass die EU hinter ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt zurückfalle und vor allem von Indien und China in den Schatten gestellt werde. Als Warnzeichen werden niedrigere Wachstumsraten und geringere Investitionen in Forschung und Entwicklung angeführt.

Der Vergleich hinkt in mancher Hinsicht. Indien und China befinden sich in einem historischen Aufholprozess. Der Wachstumsschub, den viele Entwicklungs- und Schwellenländer durch Liberalisierung und Technologieimport erzielt haben, lässt sich nicht unbegrenzt fortsetzen. Japan hingegen – in dem das Abendland in den 80er Jahren den Voll-

che Investitionen in die Infrastruktur für Internet, Transport und Energie, in Forschung und lebenslanges Lernen, in Energieeffizienz und grüne Technologien und in grenzüberschreitende Mobilität stehen auf dem Programm. Das alles ist loblich – und beunruhigend. Denn das Augenmerk liegt auf den Wohltaten des Staates, die Kräfte des Marktes werden vernachlässigt. Eine ernst gemeinte Wachstumsstrategie würde mit einer Offensive auf alle ungerechtfertigten staatlichen Eingriffe ansetzen, die den Wettbewerb innerhalb der EU und an ihren Außenrändern beschränken.

Das bedeutet nicht blindes Laissez-faire, sondern eine genaue Abwägung, welche Maßnahmen notwendig sind und welche die Besitzstände von Unternehmen und Arbeitnehmern wahren, ohne hinreichend der Allgemeinheit zu dienen. Gerade in der Energie- und Klimapolitik setzen sich Einzelinteressen auf gravierende Weise gegen sinnvollen Wettbewerb durch. Die Hindernisse im Binnenmarkt für Energie, die Ungleichbehandlung im Emissionshandel und der zollgeschützte, staatlich gepäppelte Markt für Biokraftstoffe zeigen dies deutlich.

Das politisch Angenehme an dieser mercantilistischen Logik ist, dass nirgendwo Einschnitte vorgenommen und Opfer gebracht werden müssen. Niemand muss auf seine Subventionen verzichten, niemand schärferem Wettbe-

Forum

Zu viele Wohltaten des Staates

Die Strategie der EU bietet keine angemessene Antwort auf die Wirtschafts-, Schulden- und Umweltprobleme

Von Valentin Zahrnt

streckter seines Niedergangs sah – stagniert bereits in seinem zweiten „verlorenen Jahrzehnt“.

Doch das eigentliche Problem liegt in der Sichtweise, der ökonomische Fortschritt anderer Staaten sei für die EU bedrohlich. Das Denken in Positionen macht sich in Europa breit. Sollten wir uns nicht vielmehr freuen, dass es vielen Menschen auf der Welt besser geht? Gewinnen wir nicht an Sicherheit, wenn Armut und damit auch Migration, Piraterie und Terrorismus abnehmen? Profitieren wir nicht von expandierenden Exportmärkten für hochwertige EU-Produkte und Dienstleistungen?

Ebenso fehlgeleitet sind viele der Schlüsse, welche die 2020-Strategie aus ihrer Krisenbilanz zieht. Deren gemein-

samer Nenner lautet zum einen, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in allen Sektoren steigern müssen. Volkswirtschaftler sind sich selten einig, doch kaum einer widerspricht Ricardos Einsicht in die komparativen Kostenvorteile. Selbst ein Land, das alle Güter absolut günstiger herstellen kann als seine Handelspartner, profitiert davon, sich auf jene Güter zu spezialisieren, in denen sein Vorsprung am größten ist, und die anderen Güter im Gegenzug zu importieren. Das Vorhaben der EU, die Wettbewerbsfähigkeit aller Sektoren zu steigern, kündigt implizit an, weiterhin öffentliche Mittel zu verschwenden, um dem gesamtwirtschaftlich effizienten Strukturwandel entgegenzuwirken.

Zum anderen weisen zahlreiche Vorschläge in Richtung mehr Staat: öffentli-

werb ausgesetzt werden. Alles und jeder sind wichtig und verdienen die Unterstützung des Staates. Wer besonders laut schreit, bekommt ein Bonbon extra. So wird der Tourismussektor als besonders förderungswürdig hervorgehoben. Doch wenn die strategische Vorgabe bereits Konflikte scheut, wird sie in der Umsetzung zum Freischein für politisch opportune Staatseingriffe.

Die im Jahr 2000 begonnene Lissabon-Strategie, welche die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt machen sollte, hat diesen Prozess des kontinuierlichen Ausuferns und Verwässerns schonungslos vor Augen geführt. Das Gütesiegel „Lissabon-kompatibel“ schmückte die gröbsten Fehlleistungen der EU. Die Fischereipolitik, die ökologisch unverantwortliche Überkapazitäten in der Fangflotte subventioniert?



Dr. Valentin Zahrnt ist Wissenschaftler am European Centre for International Political Economy (ECIPE) in Brüssel.
Foto: privat

Lissabon-kompatibel. Die Strukturpolitik, die ein undurchsichtiges Netz an Quertransfers schafft, bei denen Mittel von gutbetuchten an ärmere Regionen im selben Mitgliedsstaat umverteilt werden, allerdings auf dem Umweg über die Brüsseler Bürokratie? Selbstverständlich Lissabon-kompatibel.

Die Europäische Kommission pries sogar die Gemeinsame Agrarpolitik, die mehr als 40 Prozent des EU-Budgets absorbiert, als Beitrag zu den Zielen von Lissabon. Dabei werden die Subventionen primär verwendet, um bäuerliche Einkommen aufzubessern und überkommene Produktionsstrukturen zu erhalten, statt etwa nachhaltige Anbaumethoden für die Zeiten von Klimawandel und Wasserknappheit zu entwickeln. Um einen agrarpolitischen Wandel zu vollziehen, müsste dieser in der neuen EU-Strategie ausdrücklich eingefordert werden. Doch die Regierungschefs haben sich bereits auf einen diffusen Nebensatz geeinigt, der sich als Blankoscheck für die Landwirtschaftspolitik auffassen lässt.

Die 2020-Strategie beginnt mit einem Gewittersturm und endet in Schönwetterpolitik. Sie bietet keine angemessene Antwort auf die Wirtschafts-, Schulden- und Umweltkrise. Sie entwickelt keinen öko-liberalen Zukunftsentwurf. Sie ist von einem mercantilistischen Geist durchdrungen, der in die Vergangenheit, nicht die europäische Zukunft, weist.